

Internationales Institut für Liberale Politik Wien

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE

Peter W. Schulze:

**Zieloptionen russischer GUS-Politik:
Geopolitische Neuordnung des Sicherheits-
und Kooperationsraumes oder vernachlässigte
Konfliktzone?**

Inhalt

Phasen der russischen GUS-Politik	3
Die formativen Jahre: Primat der Innenpolitik versus Eurasische Konföderation	5
Akzente der russischen GUS-Politik nach 2000	11
Versuche regionaler Gegenintegration: Der Einheitliche Wirtschaftsraum und die Sonder- stellung der Ukraine in der russischen Politik	13
Das Dilemma von Delegation und Regimewechsel	18



Internationales Institut
Liberale Politik Wien

Professor Dr. Peter W. Schulze: Geboren im Dezember 1942; Abitur 1963; Wehrdienst von 1963 bis 1965; Studium der Politischen Wissenschaft und Geschichte an der FU Berlin/FUB, London School of Economics and Political Science/LSE, London/UK und der Stanford University, CAL/USA von 1965 bis 1969; Diplom in Politische Wissenschaften 1970 an der FUB; Promotion (1974) und Habilitation (1984) an der FU Berlin; Lehrtätigkeit an der FU Berlin, an amerikanischen Colleges in Berlin und der UC Berkeley von 1970 bis 1987; langjährige Tätigkeiten als Leiter von Außenbüros des Forschungsinstitutes der Friedrich Ebert Stiftung in Berkeley, London und Moskau; derzeit Dozent für Vergleichende Lehre und Internationale Politik am Seminar für Politikwissenschaft der Georg August Universität Göttingen.

Zahlreiche Publikationen zur Außen- und Innenpolitik der Sowjetunion, zum Kalten Krieg, zur Transformation von Gesellschaften und zur Entwicklung des postsowjetischen Neuen Russlands.

Board internationaler Konsulenten

Prof. Dr. Lothar Höbelt, Universität Wien

Dr. Gottlieb F. Hoepfli, Chefredaktor, St. Gallen

Prof. Dr. Bo Huldt, National Defence College Försvarshögskolan (HS), Schweden

Dir. Andreas Kirschhofer-Bozenhardt, Linz

Prof. Dr. Stefan Pickl, Universität der Bundeswehr München

Prof. Dr. Peter Schmidt, Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin, Universität Mannheim

Dr. Urs Schöttli, Korrespondent, Tokio - Hongkong

Prof. Dr. Peter W. Schulze, Universität Göttingen

Prof. Dr. Andrei V. Zagorski, MGIMO, Moskauer staatliches Institut für internationale Beziehungen

Impressum

Eigentümer und Verleger: Internationales Institut für Liberale Politik Wien

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Sektionschef Hon.-Prof. DDr. Erich Reiter

Alle: A-1010 Wien, Fleischmarkt 18/15

Wien, März 2008

Gesamtherstellung: IILP

ISBN 978-3-902595-15-7

Gefördert aus Mitteln der Republik Österreich
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Die Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe wurde vom Institut für politische
Grundlagenforschung 1983 gegründet und 1988 eingestellt.
Sie wird seit 2006 vom Internationalen Institut für Liberale Politik Wien weitergeführt.

Phasen der russischen GUS- Politik

Obgleich seit Gründung der GUS im Jahre 1991 eine Flut von Regelungen einsetzte und die Regierungschefs in zahlreichen Resolutionen und Verträgen eine enge sicherheitspolitische, militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit vereinbarten, blieb die Gemeinschaft bis heute ein loser Zusammenschluss von Staaten und eher ein Diskussionsclub seiner Präsidenten. Die GUS trat weder in einen Prozess der Integration ein noch schuf sie Institutionen mit Entscheidungskompetenz oder wurden gar, wie im westeuropäischen Gegenstück, nationale Souveränitätsrechte übertragen. Sie entwickelte sich noch nicht einmal zu einem Zweckverband zur Bündelung und Koordination gemeinsamer Interessen. Ein Grund dafür liegt sicherlich darin, dass kein Motor mit integrativer Kraft ihre Weiterentwicklung antrieb. Andere Ursachen, hauptsächlich endogene Gründe, sind maßgeblich für die institutionelle Schwäche und für fehlende Befugnisse der GUS verantwortlich. So verhinderte nach dem Zusammenbruch der UdSSR ein aggressiver Nationalismus in den ehemaligen Sowjetrepubliken jeden Gedanken an eine föderative Struktur oder an integrative Prozesse. In den souveränen Folgestaaten Zentralasiens, des Kaukasus, der Ukraine, Weißrusslands und der baltischen Republiken konstituierten sich nationale Machteliten, die sich in einer Fluchtbewegung von Moskau befanden. Paradoxerweise kamen diese Machteliten aus den alten Strukturen der KPdSU. In den Jahren nach dem Untergang der Sowjetunion waren die neuen Machteliten mit schier unlösbaren innenpolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Problemen konfrontiert. Ferner tauchten schon früh mit der Absetzbewegung von Moskau Illusionen auf, den Weg in westliche Institutionen zu beschreiten.

Die GUS wurde zum Auffangbecken der auseinanderstrebenden ehemaligen Sowjetrepubliken, oder wie es der russische Präsident es auf einer Pressekonferenz in Eriwan 2005 ausdrückte.

„The CIS was created to support civilized disintegration of former USSR, so as to minimize losses resulting from it”¹. Integration stand nicht auf der Tagesordnung.

Obgleich sich in Russland die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen seit dem Jahre 2000 stetig verbesserten und sich gleichermaßen nach 2005 Befürchtungen abschwächten, die Europäische Union würde zum geopolitischen Konkurrenten/Gegner Moskaus im GUS-Raum, mehrten sich gegen Ende der zweiten Amtsperiode *Putins* Anzeichen, Moskau könnte sich aus Teilen dieser Region zurückziehen. Ein solcher Schritt hätte zweifellos die Auflösung der GUS zur Folge und wäre höchst eigentümlich, weil erstmals die Voraussetzungen und Ressourcen für

¹ *Wladimir Putin*, Pressekonferenz in Eriwan, in: RosBusinessConsulting, 25.03.2005. Damit greift *Putin* interessanterweise etwas verspätet ein Argument auf, das *Leonid Krawtschuk*, der erste Präsident der unabhängigen Ukraine, im Zuge des Auflösungsprozesses der Sowjetunion vorgebracht hatte.

eine aktive russische GUS- Politik existieren. Russland könnte heute theoretisch die Rolle eines Motors für eine intensive Kooperation, ja sogar für Prozesse der Integration übernehmen. Vorsichtige Ansätze dazu zeigten sich 2003 bei der Konzeption von Jalta über den „*Einheitlichen Wirtschaftsraum*“. Auch in einigen GUS- Staaten scheinen dafür die Bedingungen günstiger als zu Beginn der 1990er Jahre. Immerhin sind die nationalistischen Aufwallungen der frühen Jahre in den meisten GUS- Staaten rückläufig. Zugleich sind die tiefen Krisen in einigen GUS- Staaten zwar nicht völlig überwunden, aber abgemildert worden, so dass auch dort bis auf wenige Ausnahmen, ein gewisses Maß an politischer Stabilität eingekehrt ist. Zwar klaffen noch erhebliche Gegensätze und Ungleichheiten bezüglich ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, dessen ungeachtet wurden realistische Voraussetzungen für einen „eurasischen“ wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kooperations- oder sogar Integrationsraum potentiell geschaffen. Das alles steht nun auf dem Prüfstand, sollte sich bewahrheiten, dass Moskau diese Chance nicht nutzen kann oder will oder seiner Politik andere Ziele setzt.

Vieles deutete darauf hin, dass in Abwehr der Osterweiterung der Europäischen Union Moskau die Grenzen zwischen dem europäischen Machtblock und der Russischen Föderation zu markieren und Interessenbereiche abzustecken suchte: Belarus, die Ukraine, Moldau und der Kaukasus, vielleicht noch die östlichen Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres wurden zur Schnittmasse, an der sich beide Interessenbereiche berühren, überschneiden jedoch auch in Konflikt geraten können. Stärker und früher als die Europäische Union engagierten sich die USA in diesen Raum und suchten ihren Einfluss auszudehnen, bzw. ein mögliches Zusammengehen der GUS-Staaten mit Moskau zu hintertreiben. Und mit China, das seit 2003 zum zweitgrößten Erdölkonsumenten der Welt hinter den USA wurde, erschien ein neuer Machtfaktor im Raum. Chinesische Interessen der Energiesicherung erstrecken sich auf Kasachstan, Turkmenistan und natürlich auch auf Russland.

Angesichts dieser Entwicklung nahm es nicht Wunder, dass Trugbilder und alte Machtspiele aus dem 19. Jahrhundert wieder reanimiert wurden, die *Rudyard Kipling* in seinem Roman „*Great Game*“ verewigt hatte. Amerikanische Geopolitiker wie *Zbigniew Brzezinski*² knüpften an imperiale Schablonen an und definierten diesen Raum und seine Rohstoff- wie Energiereserven erneut als Austragungsort für die Interessenpolitik der großen Mächte: Russland, die USA, die Europäische Union und nun auch China.

Ohne Zweifel, in der russischen GUS-Politik hat ein Umdenken eingesetzt. Sie unterscheidet sich nicht nur von Ansätzen der *Jelzin-Ära*, sondern hat sich auch von der ersten zur zweiten Amtszeit *Putins* gewandelt.

² *Zbigniew Brzezinski, The Grand Chessboard. American Primacy and its Geostrategic Imperatives, New York 1997.*

Die formativen Jahre: Primat der Innenpolitik versus Eurasische Konföderation

Seit dem Untergang der Sowjetunion gab es immer wieder Ansätze die auseinanderstrebenden und auf Selbstständigkeit bedachten ehemaligen Sowjetrepubliken zu einem Staatenbund oder zu einer Konföderation zusammenzuführen. Rückblickend kann als Fazit festgehalten werden, dass alle Versuche, eine dezidierte, gar vorrangige russische GUS-Politik zu konzipieren, am Zusammenspiel innenpolitischer, wirtschaftlicher und außenpolitischer Faktoren scheiterten. Das Verhältnis Moskaus zum „*Nahen Ausland*“, so die euphemistische Umschreibungsformel für den postsowjetischen Raum, ohne die Baltischen Republiken, war von Anbeginn schwierigsten Belastungen ausgesetzt. Der russische Staat, selbst in der Konstitutionsphase und noch mit der Abwicklung des alten sowjetischen Apparates bis Mitte der 1990er Jahre beschäftigt, verfügte weder über materielle Ressourcen noch wirtschaftliche Attraktivität, um die Fluchtbewegungen der ehemaligen Sowjetrepubliken einzufangen. Die neuen, reformerischen Führungskräfte, die mit Präsident *Boris Jelzin* in Entscheidungspositionen gelangten, hatten zudem andere Vorstellungen über die Bewältigung des imperialen Sowjeterberbes. Für sie ging es nach 1993 in erster Linie darum, politisch zu überleben und den Reformkurs zu halten. Das hielt Moskau jedoch nicht davon ab, ethnische und territoriale Konflikte in den GUS-Ländern für eigene Zwecke zu nutzen, so in Georgien, in Moldawien und zwischen Armenien und Aserbaidschan. Konflikte über das Schicksal der Schwarzmeerflotte und der Krim wurden mit der Ukraine gütlich bis Mitte der 1990er Jahre beigelegt.

Im postsowjetischen Russland gab es, abgesehen von wenigen extremen Splittergruppen und Populisten vom Schlage *Wladimir Schirinowskis*, weder in der außenpolitischen Entscheidungselite noch in der russischen Gesellschaft einen tragenden und breiten Konsens für eine imperialistische oder chauvinistische Politik der „*Sammlung russischer Erde*“.

Wie in Russland stand die Dekade der 1990er Jahre auch in den GUS- Ländern unter dem ***Primat der Innenpolitik***. Das erforderte die Konzentration der knappen Ressourcen auf innenpolitische Befriedungsstrategien und den Ausbau der jeweiligen Herrschaftssysteme. Statt demokratischer Reformimpulse überwogen dort und im Unterschied zu Russland autoritäre Tendenzen und klientelistische Praktiken, die nicht nur von den alten Machtgruppen ausgingen. Nirgendwo gab es Anzeichen, dass die neuen Machteliten die Reintegration ihrer Länder in ein von Russland dominiertes Herrschaftsgebilde anstreben würden. Im Gegenteil. Wie ihr russisches Pendant waren sie damit beschäftigt, sich in Machtpositionen einzurichten und Pfründe, d.h. das frühere Staatseigentum, untereinander aufzuteilen. Wurden im postsowjetischen Russland die Oligarchie und regionale Cliques zu den Machtsäulen des *Jelzin-Systems*, so verschmolzen in den meisten Ländern der GUS ehemalige Kader aus den Apparaten

von Kommunistischer Partei, Staat, Gewerkschaften und Roten Direktoren zur neuen Herrschaftsstruktur. Korruption, Klientelismus und der rücksichtslose Raub ehemaligen Staatseigentums bestimmten während der 1990er Jahre im eurasischen Raum den Prozess des „*nation-building*“.

Außenpolitisch stand die russische GUS-Politik während der gesamten *Jelzin Ära* im Schatten der Westpolitik und wurde von innenpolitischen Faktoren bestimmt, besonders unter dem ersten Außenminister *Andrej Kosyrew*³. Sein schärfster Kritiker, der ihn nach dem verheerenden Ergebnis der Reformkräfte bei den Wahlen zur zweiten Staatsduma 1995, im Januar 1996 im Amt ablöste, *Jewgeni Primakow*, forderte zwar, Russland solle eine ordnende Funktion in diesem Raum übernehmen, ohne allerdings in imperiale Traditionen zurückzufallen⁴.

Stabilisierung und Reintegration des post-sowjetischen Raumes genossen in seinem politischen Weltbild klare Priorität. *Primakow* war jedoch realistisch genug, schon damals zu erkennen, dass Russland sich nur auf wenige Länder konzentrieren sollte. Aber auch unter seiner Regie, zuerst in der Funktion als Außenminister und später als Premierminister, war eine nennenswerte Belebung der GUS-Politik bis 1999 nicht feststellbar. Das schloss auch die Beziehungen zu Belarus ein, die immerhin bis zur Unterzeichnung (1999) und Ratifizierung (2000) eines Vertrages über die Bildung eines Unionsstaates geführt wurden. Aber auch im Falle von Belarus

³ Siehe dazu den vorhergehenden Band: *Piehl, Schulze, Timmermann* (2005), S. 168 ff.

⁴ Als Ergänzung zur „romantischen Westorientierung“ der russischen Außenpolitik unter *Kosyrew* entstand die Idee einer „*Eurasischen Konföderation*“. Sie wurde hauptsächlich von Reformern der ersten Stunde vertreten. In dieser Konföderation sollten kosmopolitische Prinzipien der untergegangenen Sowjetgesellschaft unter den Bedingungen von Demokratie und Markt für den gesamten postsowjetischen Raum entwickelt werden. Beim Erfolg einer solchen Konstruktion hätten gleichermaßen innen- wie außenpolitische Ziele erreicht werden können. Erstens, der Unionskern der alten UdSSR wäre erhalten geblieben; Zweitens, ein Surrogat für das alte Sowjetimperium wäre geschaffen worden. Und drittens, beide Faktoren hätten es der nationalistischen und kommunistischen Opposition erschwert, gegen die neue politische Ordnung zu agitieren. Tragende Elemente dieser Idee waren,

- den gemeinsamen post-sowjetischen Verteidigungsraum zu bewahren,
- die hochintegrierte Sowjetwirtschaft als Bindeglied für die wirtschaftliche Integration nach dem Vorbild der Europäischen Gemeinschaft zu nutzen, um in 10 bis 15 Jahren einen ähnlichen Integrationsstand zu erreichen wie der Westeuropas,
- die befürchtete Massenflucht russischer Bevölkerungsteile aus den ehemaligen Sowjetrepubliken zu verhindern, weil das auch zur politischen Destabilisierung Russlands hätte führen können.

Spielarten der liberalen Modernisierungskonzeption fanden sich auch bei den Nationalisten. Während die *liberalen und demokratischen Isolationisten* den gesamten GUS-Raum mit Hilfe marktwirtschaftlicher Instrumenten verändern wollten und es ablehnten, diesen Ländern Vorzugpreise, etwa bei Energieträgern zu gewähren, sahen *nationalistische Isolationisten* in der GUS ein nicht überlebensfähiges „Kunstprodukt“, das nur am Tropf wirtschaftlicher Subventionen überleben könnte. Würde Russland diese Subventionen einstellen, so wäre es nur eine Frage der Zeit, bis diese Regime zusammenbrächen. Die Konzeption scheiterte sowohl an der Unterschätzung der nationalistischen Bestrebungen in den neuen Republiken als auch an der Überschätzung einstiger wirtschaftlicher, sozialer Bindungen und politischer Interdependenzen. Sie zerbrach an den zentrifugalen Kräften, die mit dem Zerfall der UdSSR ausgelöst wurden. Dagegen waren zentripetale Kräfte zu schwach oder gar nicht vorhanden. Die Furcht schließlich, dass sich Russland wie in Transnistrien, Abchasien und Ossetien, in regionale, ethnische oder religiöse Konflikte einmischen und diese für eigene Interessen nutzen würde, grassierte im Kaukasus wie in Zentralasien. Im übrigen hielten die Regime in Turkmenistan, Aserbaidschan und Usbekistan auf Distanz zum russischen Reformkurs unter *Jelzin*, weil er ihren autoritären Machtpraktiken zuwiderlief.

waren die zentrifugalen Machtinteressen der dortigen Herrschaftsgruppen stärker als die Bereitschaft sich mit Moskau die Macht zu teilen⁵ oder gar von Moskau, wie *Putin* es vorschlug absorbiert zu werden..

Wenngleich weder die Integration der GUS vorankam, noch eine imperiale Großmachtpolitik realpolitisch umsetzbar schien, blieb dieser Raum der russischen Politik nicht gleichgültig. Minimalziel der 1990er Jahre war, zu verhindern, dass sich diese Länder aus dem Einflussbereich russischer Interessen verabschiedeten und sich anderen, als feindselig betrachteten Allianzen oder Machtgruppierungen, anschlossen oder annäherten. Der Kreml setzte dazu die einzig verfügbaren wirtschaftlichen Hebel ein: **subventionierte Energielieferungen**, ungestörter Zugang von Waren aus den GUS- Ländern zu russischen Märkten, sowie als dritte Einnahmequelle, Rücküberweisungen von Arbeitsemigranten aus den GUS-Ländern. Paradoxerweise wurde die Energiepolitik seit Anbeginn von Moskau politisch eingesetzt, ohne dass in der westlichen Öffentlichkeit jemand daran Anstoß nahm.

Leitendes Ziel der russischen GUS-Politik⁶ in der ausgehenden Dekade der 90er Jahre war die Zementierung des Status quo und die Schaffung eines Stabilitätskordons.

Trotz der grundlegend pessimistischen Beurteilung ihrer Perspektive durchlebte die russische GUS-Politik aber auch aktive Phasen, so in der ersten Amtszeit *Putins*, insbesondere ab 2001. Die Aufwertung des „*Nahen Auslands*“ in der russischen Politik wurde teilweise durch das Zusammenspiel von externen Faktoren mit internen Problemlagen ausgelöst: Erstens durch den Krieg gegen die *Taliban* in Afghanistan und den späteren Irakkrieg; Zweitens durch Befürchtungen, dass fundamentalistisch-terroristische Aktivitäten radikalierter Moslemgruppen den zweiten Tschetschenienkrieg als Brückenkopf nutzen würden, um ethnische und religiöse Konflikte in Russland anzuzetteln. Insbesondere wurde die Bedrohung Südrusslands und der Grenzregionen um Tschetschenien ernst genommen.

Trotz der sporadischen Belebung der GUS-Politik belegen Umfragen, dass sich in Kreisen der außen- und sicherheitspolitischen Experten zäh die Zweifel hielten, dass die GUS jemals zu einem lebensfähigen Bund gemeinsamer Interessen mit eigenen Strukturen und Institutionen ausgebaut werden könnte⁷.

⁵ Siehe dazu die Ausführungen von *Heinz Timmermann* in diesem Band.

⁶ *Andrej Sagorskij*, Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten: Stand und Perspektiven, in: *Gabriele Gorzka/Peter W. Schulze* (Hrsg.), Russlands Weg zur Zivilgesellschaft, Bremen 2000, S. 201 ff. Siehe auch: *derselbe*, Variable Geometrie: Grundlagen der Kooperation in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, in: *Peter W. Schulze/ Hans Joachim Spanger* (Hrsg.), Die Zukunft Russlands. Staat und Gesellschaft nach der Transformationskrise, Frankfurt 2000, S. 320 ff.

⁷ Siehe dazu auch *Dmitri Trenin*, Russland- Die gestrandete Weltmacht. Neue Strategien und die Wende zum Westen, Hamburg 2005.

Russische Experten über die Zukunft der GUS⁸, in %

Mögliche Varianten der Zukunft der GUS:	1996	2001
Schwache Konföderation mit starker Integration in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit	39	16
Bildung einer Föderation unter russischer Führung	26	16
Bildung einer Gemeinschaft selbständiger Staaten nach dem Vorbild des britischen Commonwealth	10	11
Bildung einer Konföderation aus mehreren GUS-Staaten	8	17
EU-ähnliche Integration	5	7
Föderation ohne russische Vormachtstellung	4	2
Weitere Desintegration mit der Perspektive der Auflösung der GUS	1	18
Verteidigungsbündnis aus einem Teil der GUS-Staaten	1	10
Schwer zu sagen	4	2

Entsprechend dieser Grafik verstärkten sich zwischen 1996 und 2001 die pessimistischen Prognosen. Ein Jahr nach dem Amtsantritt *Wladimir Putins* hielt die Mehrheit der russischen Experten die GUS für ein *provisorisches und nicht sonderlich stabiles Gebilde*, das nie eine ähnliche Qualität an Integrationstiefe und institutioneller Vernetzung erreichen würde wie die EU. Eher sei mit ihrer Desintegration zu rechnen. Die Bildung einer Föderation unter russischer Führung schien ähnlich unwahrscheinlich wie die Selbstfindung der GUS ohne Russland. Am wahrscheinlichsten wurde das selektive Zusammenführen einiger Staaten zu einer schwachen Konföderation gesehen, bzw. die Bildung eines militärischen Zweckbündnisses.

⁸ Kompiliert aus den vier außen- und sicherheitspolitischen Studien der *Friedrich Ebert Stiftung Moskau*, *Friedrich Ebert Stiftung Moskau*, in Kooperation mit *Sinus Moskau* und *VCIOM Moskau*, Russische Außenpolitik 1993 im Urteil von außenpolitischen Experten. Eine soziologische Umfrage bei leitenden Mitarbeitern in Regierungsstäben, Mandatsträgern, Parteiführern, Wissenschaftlern und Redakteuren in den Massenmedien, Moskau Juli 1993; *Friedrich Ebert Stiftung Moskau*, in Kooperation mit *Sinus Moskau* und *VCIOM Moskau*, Russische Außenpolitik im Urteil von außenpolitischen Experten, Moskau/München, Mai 1996; *Friedrich Ebert Stiftung Moskau*, in Zusammenarbeit mit dem *Institut für komplexe Sozialforschung an der Russischen Akademie der Wissenschaften/RAN*, Deutschland und Europa in den Augen der Russen, Moskau Oktober 2002; *Friedrich Ebert Stiftung Moskau*, in Kooperation mit *Sinus München* und der militärsoziologischen Gruppe des Vereins *Civic Peace Moskau*, Militäreliten in Russland: Eine Befragung von 615 Offizieren der Streitkräfte der russischen Armee in den Militärregionen Moskau, St. Petersburg, Wolga-Ural, Nord-Kaukasus, Nordseeflotte, Sibirien und Kaliningrad, August 1994.

Russische Experten über die politische Zukunft osteuropäischer Staaten und des post-sowjetischen Raums, in %

Staaten	Allmähliche Annäherung an die westliche Staatengemeinschaft und zukünftige NATO-Mitgliedschaft	Annäherung an Russland	Schwer zu sagen
Baltische Staaten	88,6	4,8	6,6
Rumänien	83,3	10,5	6,2
Slowakei	69,5	24,8	5,7
Bulgarien	66,7	27,6	5,7
Georgien	58,1	28,1	13,8
Jugoslawien	51,4	40,0	8,6
Aserbajdschan	42,9	42,4	14,7
Ukraine	29,0	63,3	7,6
Kasachstan	12,4	79,5	8,1
Armenien	9,5	82,9	7,6
Weißrussland	2,4	92,4	5,2

Mit erstaunlichem Realismus betrachteten außenpolitische Experten Moskaus die politische Zukunft des post-sowjetischen Raumes. Russland würde zwar auch künftig dort eine zentrale Rolle spielen, aber nur als Kern einer vergleichsweise kleinen „*politischen Galaxie*“. Nur einige wenige GUS- Staaten wie Belarus, Kasachstan und Armenien, würden den russischen Orbit nicht verlassen, so hoffte man. Bereits 2001 nahm aber schon ein Drittel der Befragten an, dass sich die Ukraine der NATO und der Europäischen Union zuwenden würde. Aserbajdschan sahen fast 43 % bereits im westlichen Lager und 58 % wähten, das Georgien schon unter seinem damaligen Präsidenten *Eduard Schewardnadse* unhaltbar Kurs auf die NATO halte.

Akzeptiert man die späteren, unter der russischen Bevölkerung getätigten Umfrageergebnisse des renommierten und unabhängigen *Lewada Zentrums* aus Moskau⁹, so vollzog sich anscheinend in der öffentlichen Meinung wesentlich später die emotionale Abnabelung vom Sowjetimperium als bei den russischen Entscheidungseliten aus Politik und Militär. Ferner scheint es, dass die wirkliche Abkehr von positiv gestimmten Rückbesinnungen auf die Sowjetunion, einschließlich der nachfolgenden Politik zum „*Nahen Ausland*“, erst mit den angespannten Beziehungen zur Ukraine im Zuge der „*Orangen Revolution*“ einsetzt. Heute scheint die Mehrheit der russischen Bürger davon überzeugt, dass die Auflösung der Sowjetunion und die nachfolgende

⁹ <http://www.levada.ru/press/2007060901.html>

Entfremdung der GUS-Staaten für Russland zum Vorteil waren. Die jüngste Umfrage des *Lewada-Zentrums* belegt dies.

Frage:

Was meinen Sie, war die Unabhängigkeit zum Wohl oder zum Nachteil von Russland?

Antworten	1998	2000	2001	2003	2005	2006	2007
Entschieden zum Wohl/ oder eher zum Wohl	27	28	33	39	46	53	54
Entschieden zum Schaden/ oder eher zum Schaden	57	57	49	34	30	27	22
Schwierig zu beantworten	16	15	18	27	24	20	24

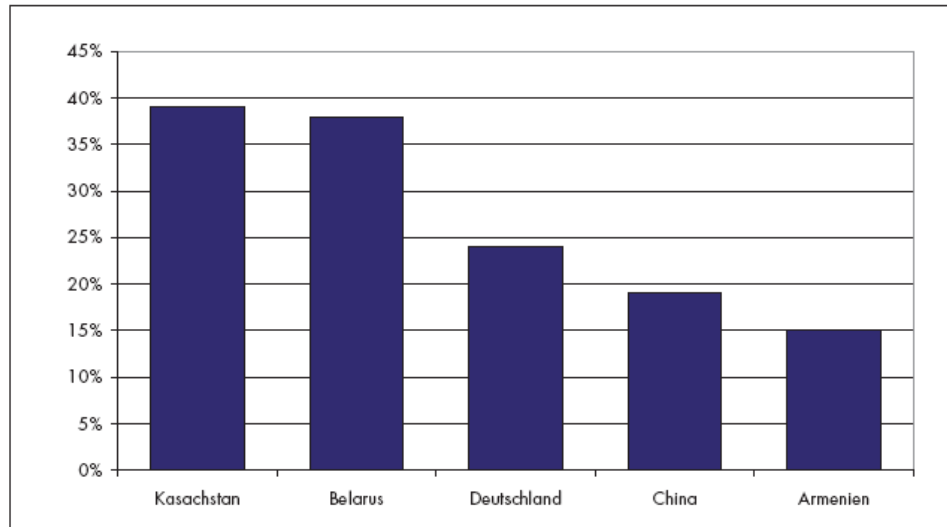
Quelle: *Lewada-Zentrum*, Umfrage vom 09.06.2007.

Erstaunlicherweise ging die außenpolitische Elite Russlands schon 2001 davon aus, dass der europäische Integrationsprozess zu einer tiefgreifenden Restrukturierung des gesamten osteuropäischen und eurasischen Raumes führen würde. Faktisch würde es zu einer Umverteilung des geopolitischen Einflusses in Osteuropa und im eurasischen Raum kommen. Die westliche Grenze Russlands würde im Laufe dieses Prozesses zur ***Trennlinie zwischen zwei konsolidierten, geo-politischen und geo-ökonomischen Machtsubjekten - Russland und die Europäische Union***. Der Raum zwischen Ostsee und Schwarzem Meer würde somit zur ***Zwischenzone***. In Zukunft würden beide Machtblöcke versuchen ihre Einflussphären auf die Ukraine, Belarus und den Kaukasus auszudehnen, bzw. dort ihren Positionen zu festigen. Militärisch durch die NATO und politisch wie wirtschaftlich durch die Europäische Union integriert und geführt, so befürchteten russische Experten, wäre das neue europäische Machtsubjekt der Russischen Föderation weit überlegen. Denn, dass es gelingen würde, wie es noch *Primakow* mit seiner multipolaren Denkfigur vorschwebte, zusammen mit China ein Gegengewicht zu bilden, d.h. letztlich eine verlässliche Allianz aufzubauen, daran zweifelte bis 2001 die Mehrheit aller russischen Experten. Trotz intensiver politischer Kontakte im Rahmen der *Shanghai Cooperation Organisation/SCO* und der sich anbahnenden energiepolitischen Verbindung Russlands mit asiatischen und pazifischen Ländern, fehlt einer solchen Option noch heute die Vertrauensbasis¹⁰. Und um aus der GUS eine funktionierende und integrierte Gegenkraft zu zimmern, fehlt der Glaube.

¹⁰ In einem Interview mit der FAZ, 30.05.2007, S. 15, erklärte *Igor Schuwalow*, der für die G-8 zuständige Sherpa im russischen Außenministerium, beschwichtigend, dass eine strategische Partnerschaft mit China anstelle der EU undenkbar sei.

Freunde und Feinde Russlands, Mai 2007

Nennen Sie fünf Ländern, die man nahe Freunde, Verbündete Russlands nennen könnte.



Quelle: Russlandanalysen 141/2007.

Quintessenz dieser Umfragen war, Russland müsse sich auf die neue Lage in Osteuropa und im eurasischen Raum einrichten, d.h. sich mit der EU sowohl auseinandersetzen als auch arrangieren. Und vor dieser realistischen Zukunftsprognose verblassten alle imperialen Träume eines eigenständigen Weges zur Großmacht.

Akzente der russischen GUS-Politik nach 2000

Neben Bemühungen zu einer begrenzten und auf wenige Länder fokussierten wirtschaftlichen Interessengemeinschaft zu kommen, so mit Belarus, der Ukraine und Kasachstan, rückten Probleme der inneren Sicherheit, aber auch die Abwehr von potentiellen Gefahren in den Brennpunkt der russischen Politik. Die russische GUS-Politik begann sich zu differenzieren. Innenpolitischer Anlass war der *zweite Tschetschenienkrieg*. Der Konflikt, der durch die Ereignisse im Gefolge vom 11. September 2001 eine ganz andere Dimension und andere Inhalte hatte als der erste Tschetschenienkrieg 1994-96, drohte den gesamten Nordkaukasus zu destabilisieren und hat entscheidend dazu beigetragen, die Beziehungen zwischen Russland und Georgien zu belasten. Moskau warf der georgischen Regierung vor, nichts gegen tschetschenische „bojewiki“ (Kämpfer) zu unternehmen, die ihre Rückzugs- und Ruheräume im Grenzgebiet, dem Pankisi-Tal, unterhielten.

Mit den Staaten Zentralasiens, die wie Moskau das Übergreifen islamistischer Fundamentalisten befürchteten, wurden Übereinkünfte zur Abwehr grenzüberschreitender Bedrohungen, wie Drogenhandel, islamischer Extremismus, Migration und Schmuggel angestrebt. Zu Kasachstan entwickelte sich eine Sonderbeziehung, die in erster Linie von Energieinteressen geprägt war. Gegen Ende der zweiten Amtsperiode *Putins* schien sich die Grenzlinie zwischen einer Außenpolitik zum „*Nahen Ausland*“, das Moskaus Sonderbeziehungen zu den GUS- Staaten charakterisierte und der internationalen Stoßrichtung der russischen Politik mehr und mehr zu verwischen.

Die Mischung von geostrategischen und machtpolitischen Überlegungen, die nahezu eine Dekade lang die russische GUS-Politik ideologisch überhöhten und Ängste in den GUS-Staaten aufkommen ließen, wieder vom mächtigen Russland eingesogen zu werden, ist heute von wirtschaftlichen Überlegungen abgelöst worden. Die russische Politik scheint heute mehr als vordem ein Interesse *an stabilen Umfeldbedingungen und an wirtschaftlicher Kooperation* zu bekunden. In diesem Lichte kann auch die Initiative zum „*Einheitlichen Wirtschaftsraum*“ von Jalta 2003 interpretiert werden. Bei diesem Ansatz fielen drei Strukturelemente der GUS-Politik zusammen: Selektive Kooperation, Stabilisierung des Umfeldes und Wahrung des Status quo von Einflussphären.

Zweifellos, die Ziele russischer GUS-Politik haben sich an die Bedingungen der Welt nach dem September 2001 angepasst. Russlands exponierte Lage mit ungesicherten südlichen Regionen, die an instabile Räume und Staaten angrenzen, aber auch die wiedergewonnene wirtschaftliche und politische Position in den internationalen Beziehungen erforderten ein konzeptionelles Umdenken für den bislang vernachlässigten Raum. In den 90er Jahren strebte Moskau noch die Umsetzung seiner Sicherheitsinteressen durch eine halbherzige Kombination von destabilisierenden Maßnahmen (offene oder versteckte Unterstützung von separatistischen Tendenzen) sowie durch die indirekte und undifferenzierte wirtschaftliche Subventionierung der GUS-Länder an (Vorzugspreise bei Energie, Öffnung des russischen Marktes). Zudem beharrte Moskau darauf, militärisch im Raum zwischen dem Kaspischen und dem Schwarzen Meer präsent zu bleiben und übernahm faktisch die tadschikische Grenzsicherung gegen Afghanistan. Heute hingegen scheint eher eine Kombination von wirtschaftlichen und internationalen Faktoren die russischen Interessen zu formen.

Im März 2004 brachte der frühere russische Außenminister *Igor Iwanow* die Zielsetzung der russischen GUS-Politik auf den Begriff: Moskaus Hauptinteresse sei, in diesem Raum eine „*Sicherheitszone*“ zu schaffen¹¹.

¹¹ The Financial Times, 03.03.2004, S. 14.

Der Einheitliche Wirtschaftsraum und die Sonderstellung der Ukraine in der russischen Politik¹²

Die Idee, eine Zone wirtschaftlicher Kooperation zu schaffen, der *Einheitliche Wirtschaftsraum/EWR*, wurde im Rahmen von Überlegungen geboren, auf die Osterweiterung der EU eine Antwort zu geben. Der EWR sollte sich einmal von Zentralasien bis zu den östlichen Außengrenzen der Europäischen Union erstrecken¹³.

Am 18. September 2003 vereinbarten die Präsidenten von Russland, der Ukraine, Belarus und Kasachstan in Jalta die Errichtung einer Freihandelszone. Bis zum Jahre 2010, also synchronisiert mit der „*Mittelfristigen Strategie*“, sollte der uneingeschränkte Verkehr von Waren, Kapital und Arbeitskräften im EWR möglich werden. Außerdem wurde vereinbart, bei der Bekämpfung illegaler Immigration, des Drogenhandels und zur Abwehr terroristischer Bedrohungen eng zusammenzuwirken.

Diese Vereinbarung trug unverkennbar die Handschrift des Kreml. Treibende Kraft auf russischer Seite waren hauptsächlich Konzerne aus dem Energiesektor (*Gasprom, LUKoil, RAO UES*) aber auch Unternehmen aus den Kommunikations- und Metall/Aluminiumbranchen. Im dritten Jahr des Wirtschaftsbooms begannen russische Unternehmen gezielt im GUS-Raum zu investieren. Joint Ventures und Firmenübernahmen markierten das Ende der depressiven Wirtschaftsphase. Kapitalflucht wurde durch Kapitalexport abgelöst. In diesem Kontext bot der EWR für die expandierenden russischen Konzerne günstige Rahmenbedingungen.

Entgegen früheren Visionen und Kooperationsplänen hatte der EWR durchaus eine Chance auf Realisierung. Denn erstens, war Moskau zum Motor der Initiative geworden und zweitens, dirigierte die Osterweiterung der Europäischen Union die Reaktion Moskaus. Es schien, als ob der Kreml die EU erstmals als geopolitischen Machtfaktor wahrnahm, der Ansprüche auf diesen Raum anmeldete. Nicht zu unrecht, denn bis zum Desaster der beiden gescheiterten Verfassungsreferenden vom Frühjahr 2005 erlebte die Brüsseler Politik einen nie geahnten Höhenflug. Die EU brachte sich als dynamischer und geopolitischer Machtfaktor für Gesamtosteuropa in Stellung und schickte sich an, mit Strategien für den Kaukasus und für Zentralasien aufzuwarten. Gleichwie naiv und friedfertig auch die Vorstellungen Brüssels gewesen sein mögen, nach den Erfahrungen mit der Osterweiterung von NATO und EU, kamen außenpolitische Verlautbarungen (Sicherheitsdoktrin) einer Einmischung in den russischen

¹² Siehe die Ausführungen von *Winfried Schneider-Deters* in diesem Band.

¹³ *Alexander Rahr* versteigt sich im GUS Barometer Nr. 41, Mai 2006 zu der These, Russland hätte eine Art „Ost- EU“ mit Integrationstiefe aufbauen wollen. Das ist in Anbetracht der strukturellen ökonomischen, gesellschaftlichen aber auch politischen Differenzen zwischen den beteiligten Ländern sehr zu bezweifeln. Auch ein eventuelles Andocken eines solchen Gebildes an die EU stand eigentlich im Widerspruch zur Tradition bilateraler Politik Moskaus.

Hinterhof gleich, um einen Vergleich aus der Welt der anderen Supermacht zu strapazieren. Sie erzwangen geradezu eine Reaktion Moskaus.

Erster Austragungsort der Kontroversen wurde die Ukraine. Die Ukraine hatte, obwohl während der *Jelzin-Ära* vernachlässigt, immer eine besondere Stellung oder sogar „Sonderstellung“ im Kalkül der russischen Politik.

Obzwar die damalige russische Wahlhilfe willkommen war, entpuppte sich Präsident *Kutschma* keinesfalls als Marionette Moskaus. Meisterhaft inszenierte er jahrelang eine *Ost-West Schaukelpolitik*, die Kiew Handlungsfreiheit bot und eine Äquidistanz (Politik der Multivektoren) zum Westen, also zur EU und zu den USA, wie zu Russland ermöglichte. Jedoch mit der Osterweiterung der EU und der NATO ante portas war diese Schaukelpolitik nicht länger durchzuhalten. Die Ukraine drohte zwischen die Stühle von EU/NATO und Russland zu geraten. Die neue Dynamik der EU, Russlands gewachsener internationaler Einfluss und die Wiederbelebung der russischen GUS-Politik unter *Putin*, schlugen auf die Innenpolitik der Ukraine polarisierend durch. Die Intervention externer Flügelmächte verschärfte nicht nur die Auseinandersetzung zwischen den Herrschaftsfraktionen oder Cliquen um die Nachfolge von *Kutschma*, sie entfachte urplötzlich eine Metamorphose der ukrainischen Politik: Das Volk erschien als politischer Faktor. In den Präsidentschaftswahlen 2004 trafen erstmals beide Blöcke, die EU, verstärkt durch die USA, und Russland aufeinander. Jede Partei versuchte ihre Anhänger in den Straßen von Kiew zu mobilisieren.

Wie gesagt, im Interessenspiegel Moskaus hatte die Ukraine immer eine zentrale und strategische Bedeutung. Moskau betrachtete das Land gewissermaßen als Teil der russischen Innenpolitik. Darauf fußten Hoffnungen auf die in Jalta 2003 eingefädelt gegründete wirtschaftlichen und politischen Kooperationsraumes unter russischer Führung. Ein Ausscheren der Ukraine hätte die Durchsetzungsfähigkeit russischer Politik gegenüber anderen GUS-Staaten unterminiert und vielleicht sogar innenpolitische Konsequenzen für den russischen Präsidenten nach sich ziehen können.

Der Konflikt um die ukrainischen Präsidentschaftswahlen 2004 ähnelte einer post- bipolaren Stellvertreterkontroverse¹⁴ zwischen der EU und den USA einerseits und Russland andererseits. Es ging nicht um den Anschluss an den einen oder anderen Machtblock. Das russische Interesse fixierte sich auf Wahrung des Status quo. Die westlichen Interessen, wobei zwischen denen der USA und denen der EU wohl unterschieden werden muss, berührten sich im Ziel, die Autonomie der Ukraine dauerhaft gegen Russland zu stärken. Washington kann ein weitergehendes,

¹⁴ Siehe: *Andrew Wilson*, Ukraine is not Russia, in: *The Moscow Times*, 20.05.2004, S. 8.

langfristiges Ziel unterstellt werden, nämlich die Ukraine in die NATO zu integrieren, um Russland ökonomisch verwundbarer zu machen (Durchleitungsnetze für Energie), militärisch zu schwächen und politisch zu isolieren. Den ukrainischen Wählern wurde jedoch die Alternative Demokratie und Europa oder Fortsetzung des *Kutschma Regimes* mit anderen oligarchischen Cliques vorgegaukelt, obwohl allen Akteuren klar war, dass Brüssel ***nie eine Beitrittsoption ernsthaft angeboten hatte und (zumindest mittelfristig) nicht anbieten würde.***

Deshalb war die Auseinandersetzung um den europapolitischen Kurs der Ukraine grotesk. Die Ukraine wurde zum Objekt eines sehr realen Konfliktes zwischen einer um Konsolidierung und Erhalt des geopolitischen Status quo bemühten Russischen Föderation und einer virtuellen geopolitischen Regionalmacht, die Europäische Union. Im Hintergrund agierten die USA und bedienten die vorab beschriebenen Dimensionen¹⁵.

Der Kreml hatte zwei Faktoren unterschätzt: die mobilisierten Massen und die Standhaftigkeit der Europäischen Union. Diese politischen Fehleinschätzungen führten im Winter 2004/5 zu einem politischen Desaster. Die Schlappe der russischen Außenpolitik gefährdete frühere Erfolge und trug nachhaltig zum Imageverlust des Landes bei, der bis heute anhält.

Bei nüchterner Abwägung der inneren Kräfteverhältnisse wäre für Experten erkennbar gewesen, dass die EU nicht die Voraussetzungen erfüllte, als europäische Ordnungsmacht in diesem Raum zu agieren. Sie war und ist auch derzeit nicht in der Lage, für globale oder regionale Sicherheit zu sorgen. Die russische Politik somit wurde zum *Opfer ihrer eigenen Angstprojektionen.*

Fehlende innenpolitische Korrekturen im Entscheidungsprozess, ausgelöst durch die Gleichschaltung von Verfassungsinstitutionen, durch die Schwächung des politischen Pluralismus und durch die Kontrolle über unabhängige Medien haben paradoxerweise das System zwar stabilisiert, aber zugleich auch anfällig gemacht gegen Partizipationsbegehren der Gesellschaft. Es scheint, je autoritärer ein System und je absoluter der Machtanspruch, desto größer die Angst der Herrschenden vor dem Volk. In diesem Kontext zeigt sich eine der Schattenseiten autoritärer Herrschaft, die letztlich solche Systeme zu irrationalen und selbstzerstörerischen Aktionen treiben können. Und dass Proteste auch in Russland urplötzlich

¹⁵ Das in die Manipulationen des Wahlkampfes verstrickte russische *Institut für Effektive Politik* unter *Gleb Pawlowski* beschwerte sich bitter über die erfolgreichere Wahlmanipulation durch entsprechende westliche Organisationen. Siehe dazu, *Vladimir Frolov*, Democracy by Remote Control, in: *Russia in Global Affairs*, Nr. 4, Oktober- Dezember 2005. "Today, Russia is facing a fundamentally new phenomenon in the post-Soviet space – one that is radically changing the role of election procedures in the formation of legitimate power. Elections in the CIS countries are turning from an instrument of the people's will into a convenient pretext for outside multilateral interference... The outside factor – represented by an integrated network of Western nongovernmental organizations; mass media (above all television), international observation organizations, such as the Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR), OSCE and PACE, public opinion agencies and the political leadership of Western countries – now plays a crucial role in managing election results in the post-Soviet space."

aufflackern können, bestätigten die sozialen Unruhen kurz darauf, als im Frühjahr 2005 Hunderttausende Rentner, Pensionäre, Veteranen und Studenten gegen die Rücknahme der unendgeldlichen Privilegien in russischen Städten protestierten.

Zur Schadensbegrenzung musste der Kreml im ersten Halbjahr 2005 alle Kräfte mobilisieren. Zugeständnisse und Warnungen an den Westen hielten sich die Waage. So verstieg sich der russische Präsident in seiner Ansprache vom Mai 2005 sogar dazu, für Russland eine „zivilisatorische“ Mission in der GUS zu reklamieren¹⁶. Gleichwohl unmissverständlich warnten *Putin* und Mitglieder seiner Regierung¹⁷ den Westen davor, sich gegen russische Interessen im GUS- Raum zu stellen. Immerhin konzedierte der Kreml, dass keine externe Macht, auch nicht Russland, den eurasischen Raum beherrschen sollte. Also, das Angebot eines Herrschaftskondominiums? So weit ging der Kreml jedoch nicht. Hingegen betonte *Putin* die „zivilisatorische Rolle Russlands auf dem eurasischen Kontinent“. Mit Blick auf die EU und die USA betonte er, dass verhindert werden müsse, den eurasischen Raum zum Spielball der geopolitischen Machtzentren auf dem europäischen Kontinent zu machen.

Putins Äußerungen korrespondierten mit einer temporären Niederlage der russischen Politik. Sie fügten sich aber nicht zu einer neuen, transparenteren außenpolitischen Konzeption zusammen. Schon wenige Jahre später fällt Moskau wieder in alte Verhaltensweisen zurück. Wenn es um die Sicherung von Profiten und den Erhalt von Einfluss geht, greift der Kreml unbeirrt auf Instrumente rüder Machtpolitik zurück oder setzt wirtschaftliche Druckmittel ein. Das illustrierte der Preiskrieg bei russischen Gaslieferungen 2005/06 mit der Ukraine, Georgien, Moldau, Armenien und selbst mit Belarus.

Weil weder eine „Putin- Doktrin“ noch normativen Leitlinien der russischen GUS-Politik erkennbar waren, blieb die russische GUS-Politik bestenfalls ambivalent. Sie schwankte zwischen unverholenden Drohgesten und arroganten Einstellungen. Gazproms plumpe und

¹⁶ Dazu: *Valeri Tishkov*, Russia as a European Nation and Its Eurasian Mission, in: Russia in Global Affairs, Nr. 4, Oktober- Dezember 2005. Siehe auch: *Vladimir Frolov*, A New Post-Soviet Doctrine, in: The Moscow Times, 20.05.2005, S.8. *Frolov*, der dem Kreml nahe steht, äußert sein Erstaunen darüber, dass der russische Präsident nahezu westlich-liberale Werte für die Integration des GUS-Raumes reklamiert. Das Ziel dieser Politik sei unmißverständlich: „Integration is possible and desirable, but it should lead toward the future, not focus on the past“. Und nur durch Integration kann die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Modernisierung der GUS erzielt werden. Russland kann in diesem Prozess eine führende Rolle ohne imperiale Tendenzen und Absichten übernehmen. „The reputation of certain CIS countries as the "last remaining dictatorship in Europe" or the "North Korea of Central Asia" does not contribute to "strengthening international authority."

¹⁷ *Sergei Lavrov*, Russia has global interests, in: RIA NOVOSTI, 08.6.2005.

nahezu an Erpressung grenzende Versuche, die nationalen Energienetze in der Ukraine, in Georgien und in Belarus¹⁸ zu übernehmen, waren charakteristisch für diese Haltung.

Dass solche Methoden bei den nationalen Eliten der souveränen GUS- Länder kaum verfangen, müsste nun eigentlich für jeden im Machtapparat des Kreml erkennbar sein. Der Argwohn, dass Moskau eine imperiale Einschüchterungsstrategie verfolgt und diese mit Druck, Erpressung oder durch Bevorzugungen vorantreibt, ist wiederum belebt worden¹⁹.

Folge dieser Entwicklung war, dass die seit 2003 eingeleiteten regionalen Kooperationsprojekte nicht von der Stelle kamen. Die GUS zerbröckelt und dieser Prozess macht auch vor der militärischen Infrastruktur nicht halt. So wurde 2005 das Hauptquartier für Militärkooperation geschlossen. Georgien nimmt schon seit langem nicht mehr am Rat der Verteidigungsminister der GUS teil und verkündete 2006 seinen Austritt²⁰, ist aber noch formelles Mitglied bei der gemeinsamen Luftverteidigung.

Gegenorganisationen sind im Zuge der ukrainischen Geschehnisse ins Leben gerufen worden. Sie beruhen eher auf symbolträchtigen Abmachungen und haben weder Struktur noch Ressourcen, aber sie charakterisieren einen augenfälligen Trend: Die westlichen und südlichen Staaten des GUS- Raumes scheren aus der Verbindung mit Moskau aus. 2005 wurde die „Gemeinschaft der Demokratischen Wahl“ von der Ukraine, Moldau, Rumänien und Polen gegründet. Sie gesellt sich zur GUAM, einer von den USA inspiriertem Schwarzmeer Koalition, der Georgien, die Ukraine, Moldau und Aserbaidschan angehören²¹. Beide Bündnisse sind Demonstrationen gegen Moskau und gleichzeitig amerikanische Vorfeldorganisationen im Raum zwischen Schwarzem und Kaspischem Meer²².

Aber Moskau war auch nicht untätig. Auf sicherheitspolitischem Gebiet wurde 2005 der „Vertrag über kollektive Verteidigung“ geschlossen, dem Armenien, Kirgisien, Tadschikistan,

¹⁸ Im Mai 2007 übernahm *Gazprom* 50 % am *Beltransgaz* –Netz von Belarus für 2,5 Mill. USD. Die russisch-weißrussischen Energiebeziehungen werden ausführlich und kenntnisreich dargestellt bei *Folkert Garbe*, *Energische Integration? Der Energiekonflikt zwischen Russland und Belarus*, in: *Osteuropa*, 57 Jg. 4/2007.

¹⁹ Siehe die Umfragen der *Friedrich Ebert Stiftung* aus den 1990er Jahren sowie die Studien jüngerer Datums des Lewada- Zentrums, veröffentlicht in der *Izvestia* vom 10.12.2004.

²⁰ Hingegen wurde das Integrierte Luftverteidigungssystem der GUS (1995 von zehn Mitgliedsländern unterzeichnet) 2006 nochmals modernisiert. Es umfasst Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan und die Ukraine; in: *RIA NOVOSTI* 31.03.2006.

²¹ Die reorganisierte *GUAM, the Organization for Democracy and Economic Development* hielt ihre erste Jahrestagung 2007 in Baku ab. Es scheint, dass sich auch die polnische Regierung dem Bündnis zuwendet, da der polnische Präsident *Lech Kaczynski* am Treffen teilnahm. Bereits zuvor kam es zu einem Gipfel in Turkmenbashi, siehe *FAZ*, 20.06.2007.

²² *Vladimir Frolov*, *Dismissing the CIS*, in: *The Moscow Times*, 24.08.2005, S. 7. *Frolov*, ehemaliger Vizedirektor des Kreml- nahen *Instituts für Effektive Politik*, behauptet, dass die Initiative zur *Gemeinschaft der Demokratischen Wahl* von den USA finanziert wurde. Diese und andere Initiativen sind von der 1999 gegründeten *Community of Democracies*, einer Gruppe von ca. zehn Staaten, in der die USA dominieren, geschaffen worden.. In Warschau kam es im Juni 2000 zur Bildung der *Community of Democracies* und zur Verabschiedung einer *Warschauer Deklaration für Zivilgesellschaft, freie Wahlen und Demokratie*.

Kasachstan und Belarus neben Russland beitraten. Ob sich weitreichende Pläne, wie der Aufbau einer „Schnellen Eingriffstruppe“ oder ein gemeinsames Luftverteidigungssystem verwirklichen lassen, ist fraglich. Aus all den divergierenden Bestrebungen im GUS-Raum kann jedoch deutlich abgelesen werden, dass die russische Dominanz über den eurasischen Raum, wenn sie denn je nach dem Zerfall der Sowjetunion bestand, mehr und mehr zerbricht.

Nun, die russische Politik hat bislang weder die Ukraine verloren, noch gewonnen und schon gar nicht aufgegeben. Nach den Turbulenzen der letzten zwei Jahre ist eine Atempause im Kräftemessen eingetreten. Der erstaunliche und unerwartete Sieg der „Partei der Regionen“ unter *Janukowitsch* in den Parlamentswahlen 2006 hat die Entscheidung über den zukünftigen Entwicklungsweg der Ukraine vertagt und somit dem Kreml Zeit verschafft, seine Strategie für den GUS-Raum zu überdenken. Nach dem erneut angesetzten Wahlgang im September zum ukrainischen Parlament, werden wahrscheinlich ab absehbare Zeit die Weichen gestellt werden.

Das Dilemma von Delegitimation und Regimewechsel

Einstweilen scheint es, dass der Kreml seine Projekte der regionalen Kooperation, insbesondere den „*Einheitlichen Wirtschaftsraum*“, auf Eis gelegt, wenn nicht gar abgeschrieben hat. Ist also *Putin* zum „Totengräber“ der GUS geworden, wie unlängst die FAZ titelte²³? Fast könnte man aus Kontroversen selbst mit GUS-Ländern, die wie Armenien und Belarus einmal zum harten Kern von befreundeten Staaten gezählt wurden, diesen Schluss ziehen²⁴. Hingegen ist nicht anzunehmen, dass Moskau sein Ziel vollends aufgegeben hat, wenigstens einzelne Länder in seinem Einflussbereich zu halten. Als Frage bleibt daher, mit welchen Mitteln soll das Ziel erreicht werden?

²³ FAZ, 29.01.2007, S.10.

²⁴ Präsident *Putins* Antwort auf die Frage eines amerikanischen Journalisten nach den Motiven für Russlands aggressive Außen- und Energiepolitik. „But we have no obligation to provide huge subsidies to other countries' economies, subsidies as big as their own national budgets. No one else does this, and so why are we expected to do it? That is the first point. Second, our actions, and the agreements we reach with the transit countries, are aimed above all at ensuring the interests of our main consumers.... Just recall how it was when we signed a contract each year with Ukraine for both gas supplies to Ukraine and for gas transit to Western Europe, and our consumers in Western Europe always depended on us being able to reach an agreement with our partners in Ukraine. But now we have separated these two aspects and created market conditions for transit.“ in:
http://president.kremlin.ru/eng/speeches/2007/02/01/1309_type82915type82917_117609.shtml.

Die seit jeher nur bedingt ertragreiche Politik, den GUS-Staaten im Rahmen der Konzeption des „*Nahen Auslandes*“ einen privilegierten, d.h. subventionierten Sonderplatz im Orbit der russischen Einflussphäre zu ermöglichen, um als Gegenleistung politische Rückdeckung gegen den Westen zu erhalten, ist durch die „farbigen Revolutionen“ in Georgien und der Ukraine entwertet worden. Damit wurde aber auch die Unterscheidung zwischen dem „*Nahen Ausland*“ und den internationalen Zielen der russischen Außenpolitik aufgehoben. *Fyodor Lukyanov* bestreitet sogar, dass die Aufkündigung der Energiepreissubventionen eine neue Qualität der russischen GUS- Politik ausdrückt. Es handelte sich eher, so behauptet er, um die Fortsetzung der „Desintegration früherer Verbindungen“.²⁵ Und unbekümmert fügte er hinzu, dass diese Länder „are likely to gravitate toward different centers of influence“. Die Konsequenz einer solchen Entwicklung wird entspannt in Kauf genommen. „Competition between the great regional powers is inevitable. Russia will take part, of course, but will face a more even playing field. Given current trends, Moscow will eventually accept that the former Soviet Union no longer exists as a single entity, or even a zone of common interests.“ Also, *Putin* doch als Totengräber der GUS? Diese Entwicklung hatte nach *Lukyanov* schon längst begonnen und wird auch nach den Präsidentschaftswahlen 2008 fortgesetzt werden. Außerdem geht diese Entwicklung mit der Neupositionierung der russischen Politik in Zentralasien und Asien einher. Zwar könnte eingewendet werden, dass die Subventionspolitik²⁶ nur erfolglos gewesen war. Denn bis zum Auftauchen der Europäischen Union als geopolitischer Attraktionsfaktor trug sie zweifellos zur Stabilisierung der westlichen und südlichen GUS- Länder bei, indem sie deren Abdriften in westliche Institutionen verhinderte oder entsprechende Wünsche abbremste. Weil die russische GUS-Politik aber lokale, in der Regel korrupte Machteliten begünstigte, war sie weder imstande die Formierung von Gegeneliten zu unterbinden, noch Regimewechsel zu verhindern oder im eigenem Sinne zu beeinflussen.

Und in Ermangelung einer durchdachten politischen Konzeption für den GUS- Raum schaltete der Kreml von Subventionen auf direkten Druck mittels Preiskrieg um, da andere Instrumente fehlten²⁷. In nahezu klassischer Manier wurde der Gas-Preiskrieg zwischen Kiew und Moskau zu Beginn des Jahres 2006 von beiden Seiten als Manöver des „*brinkmanship*“ inszeniert. In

²⁵ *Fyodor Lukyanov*, Where to focus if you are expecting change, in: The Moscow Times, 07.02.2007, S. 11.

²⁶ Siehe *Putin*, Presskonferenz 01. Februar 2007 Moskau, in:

http://president.kremlin.ru/eng/speeches/2007/02/01/1309_type82915type82917_117609.shtml. „You should understand that Russia not only gave these republics their independence, but providing for 15 years huge subsidies to these countries' economies Russia helped them strengthen their independence and sovereignty. 15 years is enough and this cannot go on forever. In just Ukraine's case this was billions, three to five billion each year. And Russia has its own problems.“

²⁷ Paradoxerweise scheinen gerade russische Konzerne von den farbigen Revolutionen in Georgien und in der Ukraine profitiert zu haben. Die Unberechenbarkeit der alten korrupten Machteliten ist in beiden Ländern durch eine transparentere Wirtschaftspolitik abgelöst worden, die größere Investitionssicherheit verspricht; siehe dazu, *Julian Evans*, Cashing in on Color Revolution, in: The Moscow Times, 18.04.2005, S.8.

diesem Konflikt, der eine Welle von drastischen Preiserhöhungen im westlichen und südlichen GUS-Raum auslöste, wurden die Konturen einer neuen GUS-Politik sichtbar. Folgende Elemente sind erkennbar:

1. Moskau hat die Staaten der westlichen GUS, also Moldau, die Ukraine, die Republiken des Kaukasus und selbstverständlich auch Belarus nicht aufgegeben. Jedoch hat der Kreml die Grenzen seiner Durchsetzungsfähigkeit erkannt und fürchtet in einen zerstörerischen Konflikt mit der Europäischen Union hineingezogen zu werden, der den gesamten Raum potentiell destabilisieren und die Wirtschaftsbeziehungen zur EU beeinträchtigen könnte.
2. Das impliziert nicht das Ende von Großmächtsillusionen, im Gegenteil: Nur basieren solche Vorstellungen fortan auf traditionellen Faktoren der Machtpolitik. Russland definiert sich als Energiegroßmacht und als führende Nuklearmacht mit globalen Interessen.
3. In einer solchen Konzeption schwindet die Bedeutung der GUS als beherrschtes territoriales Umfeld semi-abhängiger Staaten. Die Politik zum „Nahen Ausland“ wird eine Variabel der russischen Außenpolitik.
4. Der Bedeutungsverlust der GUS als Sicherheitskordon und Kooperationsraum führt aber nicht zwingend zu einer Vernachlässigung oder rücksichtsvollen Politik zu diesen Ländern. Das Gegenteil scheint der Fall. Die russische Energiepolitik der letzten beiden Jahre zeigte, dass Moskau die extrem engen Handlungsspielräume der GUS-Länder zu Pressionen ausnutzte.
5. Die schroffe und ruppige Energiepolitik Moskaus steht im direkten Zusammenhang mit der inneren Schwäche und Handlungsunfähigkeit der Europäischen Union. Eine aktivere Rolle der EU im eurasischen Raum, ansonsten bleiben die wohlformulierten Strategiepapiere zu Zentralasien und dem Kaukasus leere Worthülsen, ist abhängig von der Lösung der internen Krise der EU.
6. Auch wenn dies gelingen sollte, obwohl die Erwartungen nach dem Brüsseler EU-Gipfel vom Juni 2007 nicht gerade hoffnungsfroh für ein geschlossenes Auftreten der EU in Sachen Außenbeziehungen stimmen, gilt es immer noch Angebote an die Länder und Regierungen des Kaukasus und Zentralasiens zu machen, die von den autoritären Herrschaftsquaden akzeptiert werden, weil sie darin keine Bedrohung ihrer Macht sehen²⁸.

Im Kontext der harten Wirtschaftssanktionen gegen Georgien und der rücksichtlosen Einforderung höherer Energiepreise von anderen GUS-Ländern stellt sich die Frage, welche Ziele der Kreml noch in der GUS verfolgt? Auf der Grundlage obiger Überlegungen scheint es nicht ausgeschlossen, dass Moskau mit wirtschaftlichen Pressionen die politischen Führungen der GUS-Länder vor die Wahl stellen will, sich entweder Unterstützung und Anbindung bei der EU zu suchen oder aber sich Moskau vorbehaltlos zuzuwenden. Jedoch solch eine Politik ist nicht ohne Risiko. Selbst wenn es zu einer durchgreifenden Akzentverschiebung russischer Interessen im postsowjetischen Raum zugunsten einer euroasiatischen Option kommen sollte, wird der Kreml nicht umhin kommen, zu verhindern, dass die westlichen GUS-Länder und die

²⁸ Der Beitrag des deutschen Außenministers *Frank-Walter Steinmeier* in der FAZ (30.06.2007, S. 10), spricht zwar wohlklingend von der Zeit, die „reif“ sei für eine „neue Partnerschaft zwischen der EU und den Staaten Zentralasien“. Die Partnerschaft soll „zukunftsweisend“ und auch noch langfristig werden, aber geschickt und wohl auch in Kenntnis derer, mit denen hier ein solches Unterfangen gestartet werden soll, fügt er beschwichtigend hinzu, das die EU bei der Umsetzung der Strategie einen „langen Atem, Geduld und Realismus“ benötige. Siehe auch den Text der Zentralasienstrategie, in: Bundesregierung Deutschland, Auswärtiges Amt EU2007.de, Die EU und Zentralasien: Strategien für eine neue Partnerschaft, in: Zentralasien-Strategie-Text-D.pdf .

Staaten des Kaukasus in westliche Bündnisse, sei es die EU oder die NATO, abgleiten. Solche Entwicklungen stehen nicht unmittelbar bevor, aber sind möglicherweise im Verlauf der nächsten beiden Dekaden zu erwarten. Kommt es zur Verfestigung des gegenwärtigen politischen Herrschaftstyps in Russland und suchen einige GUS-Länder die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen, so würde das Gespenst der „*orangenen Revolution*“ wieder durch die Machtkorridore des Kreml geistern und sich mit dem historischen Trauma russischer Politik vereinen, das mit der Oktoberrevolution begann und sich ab Mitte der 1930er Jahre voll entfaltete: Marginalisierung und Ausgrenzung²⁹.

Diese Furcht begrenzt Varianten russischer Großmachtpolitik, etwa Vorstellungen einer „*splendid Isolation*“ nachzugehen. Zwar bleibt unbenommen, wie der ideologische Vordenker des Kreml, *Wladislaw Surkow*, es einmal so ausdrückte: „Der Westen muss uns nicht lieben“³⁰. Nur eine solche Option auf der Basis eigener Ressourcen und einer nach innen gerichteten Politik, die nur selektiv mit Teilen des internationalen Staatensystems interagiert, hat eine sehr feine und poröse Grenzlinie zur Selbstisolation. Und im europäischen Kontext erscheint sie arg anachronistisch, ja sowjetisch.

Eine weitere wichtige Frage ist, ob dem Kreml wirklich an der Destabilisierung von Staaten, gar an ihrem Zusammenbruch und am Regimewechsel gelegen ist? Betrachtet man die Drohgebärden gegen Georgien, so kann leicht dieser Eindruck entstehen. Falls aber ein Regimewechsel angestrebt wird, stellt sich die weitere Frage, welche Machtgruppen sollen in Stellung gebracht werden und welche Alternativen bieten sich an?

Schließen wir aus, dass Moskaus Politik auf die Destabilisierung des „*Nahen Auslands*“ zielt, so drängt sich die Frage auf, auf welche Modelle politischer Entwicklung Moskau hinarbeitet, wenn es einen von außen induzierten Regimewechsel anstreben sollte? Darauf kann keine befriedigende Antwort gegeben werden. Denn in dieser Frage befindet sich Moskaus in einer argen Zwickmühle. Die russische Politik hat bei den oppositionellen, am Westen orientierten nationalen Eliten jeglichen Rückhalt verloren. Und schon aus eigenen innenpolitischen Erwägungen, aber auch aufgrund der zentralasiatischen Positionierung, kann Moskau keine doppelbödige Politik betreiben, etwa auf moderate Reformkräfte setzen. Der Kreml ist somit gehalten, sich auf absehbare Zeit hinter die alten Machteliten der GUS - Länder zu stellen, gleichwie korrupt, rückständig und repressiv sie auch von konzeptionell weitsichtigen Denkern im Umfeld der Kremladministration eingeschätzt werden. Und die gibt es durchaus. *Wladislaw Surkow* ist kein Einzelfall. Damit wird bestenfalls eine mittelfristige Perspektive für die

²⁹ Siehe dazu: *Lew Besymenski*, Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren, Berlin 2006, S. 49 ff.

³⁰ „Der Westen muss uns nicht lieben“, *Putins* Chefstrategie *Wladislaw Surkow* über gelenkte Demokratie, das Chodorkowski-Urteil und die Angst vor dem Virus der ukrainischen Revolution, in: *Der Spiegel*, 20.6.2005.

Umsetzung der eigenen Interessen abgedeckt, die sich aber den autoritär-despotischen Machtcliquen der GUS ausliefert und sicher nicht lange Bestand haben kann.

Auch das Modell Belarus hätte seine Tücken und wäre kaum akzeptabel. Zudem scheint die unerbittliche Preispolitik des Kreml selbst einen gewiss nicht feinfühligem Präsidenten *Lukaschenko* – vorerst nur verbal- von Moskau in Richtung Europa getrieben zu haben. Und ein Land wie Armenien, eines der wenigen verbliebenen pro-russischen Länder, ist wirtschaftlich zu unbedeutend und zu stark mit territorialen Konflikten beladen, als dass es als Modell vorzeigbar wäre. Eher bietet sich noch Kasachstan an. Aber Kasachstan ist ebenfalls ein Sonderfall, da das Land in außenpolitische und außenwirtschaftliche Zusammenhänge eingebunden ist und von dort ein gesichertes Maß an Souveränität und eigener Entscheidungsfähigkeit ableitet. In Fragen der globalen Energiekooperation ist Kasachstan mehr noch als Turkmenistan zu einem wichtigen Faktor, möglicherweise sogar zu einem zukünftigen Konkurrenten für die russische Außen- und Außenwirtschaftspolitik geworden.

Wenn schon kein Land als Modell vorzeigbar ist und auch die regionalen Kooperationsprojekte fraglich geworden sind, was bleiben dann noch für Ziele übrig?

Vielleicht, so brisant und gleichsam paradox es klingen mag, liefert die ukrainische Entwicklung den Schlüssel zur Antwort. Denn eines scheint gewiss. Wesentlich stärker als der Umbruch in Georgien haben die Ereignisse in der Ukraine die oppositionell-demokratischen Bewegungen im gesamten GUS-Raum angesprochen. In der Ukraine stehen nicht nur die Umsetzungschancen einer Revolution auf dem Spiel, auch die Interaktion zwischen den revolutionären Geschehnissen und den geopolitischen Machtgebilden, die sie umgeben, also die Europäische Union, die NATO, Russland und die USA, sind in diese Gleichung einbezogen. Novum ist, dass die Ablösung des alten Herrschaftssystems durch das ukrainische Volk herbeigeführt wurde, auch wenn danach erneut wieder Herrschaftsquaden die Macht übernahmen. Insofern weicht dieser Typus sogar von den Umbrüchen beim Zerfall der Sowjetunion ab. Damals griff, mit Ausnahme der Baltischen Länder und Georgiens, das Volk kaum in die Umstürze ein. Im Gegenteil, es verweigerte seine Teilnahme an der Gestaltung der politischen Ordnung während der gesamten letzten Dekade.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass Moskaus *Realpolitik des Abwartens*, die einer zynischen und wohl auch arroganten Einstellung zur GUS entspringt, durchaus erfolgreich sein kann.

Denn erstens, ist der demokratische Umbruch in der Ukraine bislang weder durch eine Beitrittsoption zur NATO oder zur EU belohnt worden, noch wurden günstige Sonderregelungen angeboten. Die Ukraine war ähnlich wie Georgien gezwungen, ihren Handel umzulenken und ihre Wirtschaft zu diversifizieren. In beiden Fällen rangiert der Warenaustausch mit der EU

heute an erster Stelle, aber die lebenswichtigen Agrarbranchen stehen vor verschlossenen Protektionsmauern der EU. Die Energiepreiserhöhungen haben zudem Zweige der metallverarbeitenden Industrie, die aufgrund veralteter Technologien auf niedrige Energiepreise angewiesen sind, in ihrer Wettbewerbsfähigkeit stark beeinträchtigt.

Noch einschneidender waren Entwicklungen in der Innenpolitik. Hoffnungen der mobilisierten Bevölkerung auf Wohlstand und Demokratie, auf Rückbau von Korruption und staatlicher Willkür sowie Erwartungen auf ein würdiges Leben in Selbstbestimmung, sind beschädigt worden. Die Folgen stellten sich binnen Jahresfrist ein: Die Legitimation für die neuen Führungseliten bröckelte, die sich zudem in ein chaotisch abstoßendes Schauspiel von borniertem Machtegoismus und Rankünen verstrickten. Nicht mehr auszuschließen sind erneute autoritäre Tendenzen und der Ruf nach Stabilität, Ordnung und Berechenbarkeit. Im Kontext der ukrainischen Geschehnisse scheint zur Gewissheit zu werden, dass ohne Unterstützung der Demokratien Europas, und das heißt Öffnung ihrer Institutionen, ein neuer Kurs dieser Gesellschaften zum Scheitern verurteilt ist.

In diesem Lichte, kann Moskau auf Zeit und zugleich auf den Legitimationsverlust der farbigen Revolutionen setzen. Und dabei gerät nicht nur die Ukraine ins Visier. Auch die Präsidentschaft *Saakaschwilis* in Georgien war bislang keine Erfolgsstory³¹. In der Ukraine kann der Kreml in Ruhe auf den Ausgang der nächsten Präsidentschaftswahlen vertrauen, ohne wiederum auf plumpe Tricks der Wahlfälschung zurückgreifen zu müssen. Die Parlamentswahlen im Herbst werden zeigen, welche Vertrauensbasis die demokratischen Reformer noch besitzen.

Gewiss, der russischen Politik kann weder an einer destabilisierten Ukraine noch an der Eskalation von Konflikten zu offenen militärischen Auseinandersetzungen im Kaukasus gelegen sein. Zwar sind Gefahren von aufflackernden Sezessionstendenzen in der Ukraine vorerst gebannt, wenn sie denn überhaupt je realiter bestanden und nicht nur als Vehikel im politischen Machtpoker zur Jahreswende 2004 benutzt wurden. Weil aber die enttäuschten Hoffnungen von großen Teilen der politischen Klasse und der ukrainischen Bevölkerung bleiben, sind extreme politische Ausschläge durchaus möglich.

Im letzteren Fall wird die Ukraine auch zum Dilemma für die *Neue Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union/ENP*. Sowohl die EU als auch Russlands sind an stabilen Umfeldbedingungen interessiert. Diese Kongruenz der Interessen gilt es zu einer gemeinsamen

³¹ *Regis Gente*, A Georgian Crisis of Confidence, in: The Moscow Times, 15.02.2005, S. 10. In Georgien *Saakaschwilis* wird die Opposition stärker, die nicht unbedingt, wie die Regierungspropaganda es will, pro-russisch eingestellt ist, sondern sowohl an der Richtigkeit des innen- wie außenpolitischen Kurses zweifelt. Seit 2005 sank die Zustimmung zur Politik des georgischen Präsidenten. Lag sie damals noch bei fast 70 %, so schwankt sie heute um die 30 %.

Verantwortung für den gesamten Raum zu entwickeln: Dabei müssen auch irrationale und historisch-emotional aufgeladene Positionen, wenn nötig, zurückgewiesen werden. Denn an der Tatsache führt kein Weg vorbei, dass die Grenzen zwischen dem europäischen Machtblock und der Russischen Föderation markiert und Interessenbereiche im beidseitigem Einvernehmen abgesteckt werden müssen. Belarus, die Ukraine, Moldau und der Kaukasus, mit gewissen Einschränkungen vielleicht auch Zentralasien, sind die Schnittmasse, in der sich beide Interessenbereiche berühren und überschneiden. Weil keine Seite die Destabilisierung dieses Raumes anstrebt, bleibt als Ausweg nur *einvernehmliches Krisenmanagement*³². Die Kunst dabei wird sein, die Scharfmacher auf beiden Seiten in ihre Schranken zu weisen und mit geduldiger Überzeugungsarbeit die politischen Führungen des eurasischen Raumes für eine solche Zukunftslösung zu gewinnen. Hier bietet die „*Strategie für Zentralasien*“ des Auswärtigen Amtes durchaus positive Ansatzpunkte.

³² *Vladimir Degoyev*, *Wider Europe's Horizons in the Caucasus*, in: *Russia in Global Affairs*, 10.11.2004. *Degoyev* argumentiert zu recht, dass die EU erstens gut beraten wäre, sich nicht in ein Spiel hineinziehen zu lassen, dass „failed states“ als Bollwerk gegen Russland nutzen will. Zweitens wird die EU keinen anderen Partner für die Stabilisierung des Kaukasus außer Russland finden.

Das Internationale Institut für Liberale Politik Wien (IILP) wurde im Herbst 2005 gegründet und bezweckt die Förderung liberaler Politik, insbesondere in den Bereichen der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, internationale Beziehungen, Europapolitik, Außen- und Sicherheitspolitik sowie hinsichtlich aktueller Fragen der österreichischen Politik.

Das IILP versteht sich als bürgerlicher und pro-europäischer Think-Tank für Österreich. Im Rahmen seines wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Programms lädt es zu zahlreichen Veranstaltungen. Neben anderen Publikationen gibt es die „Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe“ heraus.

www.iilp.at

IILP – ZVR Zahl 425665530



Internationales Institut
Liberale Politik Wien